



Kultur ist Sache der Kultur

Kultur ist der facettenreiche Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Der Antrieb für kulturelle Aktivitäten kommt seit je von Menschen. Kultur ist damit vorab Ausdruck privater Initiative. Staatlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem Zeitgeist und den persönlichen Präferenzen der Kulturbürokraten huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik darf darum das private Angebot höchstens ergänzen und soll föderal ausgestaltet sein.

Keine verordnete Staatskultur

Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht die gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Kulturpolitik führt oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur unterstützen, die ihnen politisch am besten passt. Damit steigt die Gefahr, dass es zu Begünstigung und Mauseheilen kommt. Oder aber die Kulturpolitik wird zur Förderung mit der Giesskanne. So oder so ist Kultur Geschmacksache. Hier hat der Staat kaum etwas verloren.

Mehr Geld – Mehr Abhängigkeit

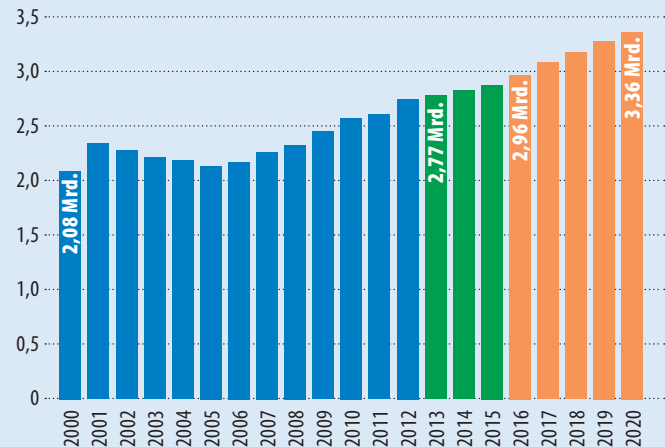
Die neue Kulturbotschaft, welche die Leitlinien für die Kulturpolitik des Bundes zwischen 2016 und 2019 vorgibt, zeigt auf, in welche zentralistische und staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes weiterbewegen soll. Die Bundesausgaben sollen auf über 1 Milliarde Franken wachsen. Dieses Wachstum fördert die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat, schafft Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig, durch Eigeninitiative und Leidenschaft getrieben eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Der Bund strebt neu sogar eine «nationale Kulturpolitik» an. Er will auch die Inhalte der städtischen und kantonalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen und der Förderpolitik aller Ebenen «Konturen» verleihen. Dies bedeutet aber eine stetige Vereinheitlichung und zentrale Einflussnahme auf die föderalistische Kulturförderung.

Gegen EU-Kulturbürokratie

Die Kulturbürokraten des Bundes streben inzwischen sogar den Anschluss an das EU-Bürokratiemonster «Kreatives Europa» an. Dieses Programm ist ein milliardenteures Prestigeprojekt der Brüsseler Bürokratie. Damit sollen europaweit 250'000 Kulturschaffende, 2'000 Kinos, 800 Filme und 4'500 Buchübersetzungen finanziell unterstützt werden. Diese zentralistische Förderpolitik ist der Gipfel der Staatskultur. Der Bürger wird schlussendlich für diese Begehrlichkeiten zur Kasse gebeten, dürfte aber kaum von zusätzlichen kulturellen Angebo-

Entwicklung der Kulturausgaben 2000 bis 2020

Bund, Kantone, Gemeinden, in Milliarden Franken



- Bisherige Kulturausgaben gemäss Bundesamt für Statistik.
- Kulturausgaben bei einem durchschnittlichen jährlichen Ausgabenwachstum von 1,54 Prozent gemäss Kulturbotschaft 2012 – 2015.
- Bei einem geplanten durchschnittlichen jährlichen Ausgabenwachstum von 3,4 Prozent gemäss Kulturbotschaft 2016 – 2020.

ten profitieren. Längst hat sich die Kulturbürokratie verselbständigt. Auf Publikum ist sie nicht mehr angewiesen.

Eigeninitiative schafft Kultur

Kultur ist nach Ansicht der SVP grundsätzlich weder eine Angelegenheit des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist Sache der Kultur. Der Staat soll gegenüber der Eigeninitiative und der privaten Förderung nur subsidiär wirken. Öffentliche Unterstützung der einen Projekte heisst zugleich immer Diskriminierung aller nicht geförderten Projekte. Deshalb kämpft die SVP einerseits gegen die sich ausweitende Kulturbürokratie und andererseits gegen die einseitig politisch getriebene Förderung im Rahmen der heutigen Kulturpolitik.



La Compagnia Rossini bei einem ihrer rund 100 Konzerte pro Jahr.

Gelebte Kultur heisst Vielfalt

Unter Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was die Menschen durch ihr Handeln hervorbringen. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat sollte das Ziel haben, ein geistiges Klima zu schaffen, das eine kulturelle Vielfalt ermöglicht. Die aktuelle Kulturpolitik macht leider das Gegenteil. Kulturpolitik darf nicht die Einheitlichkeit anstreben, son-

dern muss Vielfalt zulassen. Eine Kulturpolitik der Schweiz hat den föderalistischen, dezentralen Strukturen unseres Landes zu entsprechen. Wenn überhaupt sind die Kantone und die Gemeinden, nicht der Bund für die Kulturförderung zuständig.

Private Initiative würdigen

Stattdessen sind privates Mäzenatentum oder Sponsoring besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Vielfalt, Wettbewerb, Eigeninitiative und Leidenschaft sind die Werte, von denen die Kultur lebt. Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbeizieht, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Die Staatskultur verzerrt diesen Wettbewerb und fördert politisch und ideologisch motivierte Projekte. So wird heute unsere Volkskultur kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen Einsatz und vom Beitrag von Einzelnen, Vereinen oder Stiftungen.

Kultur schafft Zusammengehörigkeit

Leistungsbereitschaft und Freude gelten dort gemeinhin als zusammengehörende Elemente, also genau das, was die Gesellschaft heute braucht. Laientheater, Laienorchester, Gesangsvereine, Musikverbände, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken und Rockbands: Sie alle streben weniger nach dem Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas gemeinsam mit Herzblut zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Diese Form der Kultur braucht auch keine Subventionen, dafür umso mehr Anerkennung und eine faire Ausgangslage. Dies ist auch der Kern unserer Milizkultur. Nicht umsonst gelten die weltweit fast einzigartigen und vielseitigen Vereine der Schweiz als Schulen der Demokratie dank Eigen- und Gemeinschaftsverantwortung unter demokratischer Teilhabe. Dies gilt es zu unterstützen.

STANDPUNKTE

Die SVP

- verlangt in der Kulturpolitik die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, denn der Bund darf nur ergänzend zu den Gemeinden und Kantonen tätig sein;
- will, dass sich die Kulturpolitik auf Bundesebene strikt auf die Kernaufgaben beschränkt;
- tritt dafür ein, dass die fehlgeleitete, auf mehrere Departemente verteilte Kulturbürokratie gemäss Verfassungsauftrag gestrafft wird. Das Einsparpotential im Bereich einer halben Milliarde Franken Steuergelder pro Jahr für teilweise fragwürdige Kulturförderung ist zu nutzen;
- fordert die Beendigung der Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip;
- lehnt eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik im Rahmen einer «nationalen Kulturpolitik» ab;
- fordert die gezielte Förderung und massive steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;
- steht für die Volkskultur in Vereinen und privaten Strukturen ein, die nicht vom Staat abhängig ist, sondern aus Eigeninitiative in Eigenverantwortung lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger schafft;

STANDPUNKTE

Die SVP

- verlangt, dass die heimische traditionelle Kultur gegenüber internationalen und bürgerfernen Prestigekulturprojekten bevorzugt wird;
- wehrt sich gegen die geldverschwenderische, bürger- und wirtschaftsferne Teilnahme an EU-Kulturprogrammen.

VORTEILE +

Das bringt mir

- ✓ als kulturinteressiertem Menschen ein vielfältiges statt einfältiges Angebot;
- ✓ als Kulturschaffendem mehr Freiraum und Schutz vor staatlicher Einflussnahme und Monopolisierung;
- ✓ als Volksmusiker oder Laiendarsteller gleich lange Spiesse im Kulturwettbewerb.